

Leserbrief zur Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio und Fernsehgebühren“ (Abschaffung der Billag-Gebühren)

von Rosy Schmid, Kantonsrätin FDP.Die Liberalen, Hildisrieden

Gegen zusätzliche Staatskässeli

Die Ablehnung im Parlament zur „Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)“ sowie die Mitteilung, dass die Firma „Billag“ den Inkassoauftrag verloren hat, nodert bei mir in alten Wunden. Zum einen besteht für mich kein Zweifel, dass es Unternehmungen gibt, die den Inkassoauftrag besser und kundenfreundlicher als die Billag ausüben können. Gemäss Informationen verbrauchte die Billag gegen 20 % der Einnahmen für ihre Arbeit; das ist massiv. Zum anderen sollte es für mich diese Abgaben gar nicht geben. Es wurde oft gesagt, der Staat müsse die Bürger neutral informieren, das sei eine Kernaufgabe. Richtig! Jedoch bezahlen die Bürger und Unternehmen Steuern, damit der Staat seine Kernaufgaben ausführen kann. Die kommende neue pauschale Veranlagung, wonach jeder Haushalt eine Abgabe (ca. Fr. 400.00 im Jahr) bezahlen muss und zusätzlich die Firmen happig zur Kasse gebeten werden, ist für mich stossend. Obendrauf ist es noch so, dass man mit der Bezahlung dieser Abgaben noch lange kein Radio hört oder Fernsehen schauen kann. Es gehören je nach dem einige weitere Auslagen dazu und der Empfang, auch wenn man die entsprechenden Geräte gekauft hat, ist immer noch nicht garantiert. Und wenn schon jeder Private das Recht zu hören und zu sehen bezahlt, wozu dann auch noch die Firmen, Läden und Restaurants? Ich höre in einem Laden und Restaurant mit den gleichen Ohren wie zu Hause! Ich bin froh, dass die junge FDP und SVP die Initiative ergriffen haben und sich nicht vom Argument, der Staat könne sich dies nicht leisten, leiten liessen.

Hildisrieden, 14.03.2017

Rosy Schmid